

566819-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen der allgemeinen öffentlichen Verwaltung – Rahmenvertrag über eine Mitarbeitendenbefragung mittels COPSOQ-Fragebogen im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung gem. ArbSchG im Geschäftsbereich des FM BW OJ S 166/2025 01/09/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

E-Mail: Vergabe@fm.bwl.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Rahmenvertrag über eine Mitarbeitendenbefragung mittels COPSOQ-Fragebogen im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung gem. ArbSchG im Geschäftsbereich des FM BW

Beschreibung: Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Ausschreibung eines Rahmenvertrags über eine Mitarbeitendenbefragung mittels COPSOQ-Fragebogen im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung gem. ArbSchG im Geschäftsbereich des Ministeriums für Finanzen Baden-Württemberg.

Kennung des Verfahrens: d4b490ed-623f-40e2-be39-23aafd920cd6

Interne Kennung: FM-2025-008

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 75110000 Dienstleistungen der allgemeinen öffentlichen Verwaltung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 75131000 Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Neues Schloss - Schlossplatz 4

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70173

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 380 000,00 EUR

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 380 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Korruption:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Zahlungsunfähigkeit:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher

Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Rahmenvertrag über eine Mitarbeitendenbefragung mittels COPSOQ-Fragebogen im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung gem. ArbSchG im Geschäftsbereich des FM BW

Beschreibung: Um möglichst aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten, soll für die Mitarbeitendenbefragung der wissenschaftlich geprüfte und als reliabel und valide bewertete COPSOQ-Fragebogen eingesetzt werden. Die Ergebnisse der COPSOQ-Befragung sind nur dann optimal interpretier- und nutzbar, wenn sie mit den Werten einer Referenzdatenbank (im Verhältnis zum deutschen Durchschnitt und ganz besonders zu anderen Behörden des öffentlichen Dienstes) verglichen werden können. Aus diesem Grund soll die Bereitstellung, Durchführung und Auswertung des Fragebogens sowie die Aufbereitung der Ergebnisse von einem externen Dienstleister übernommen werden, welcher über eine solche Datenbank verfügt. Der Auftragnehmer baut sodann eine anonymisierte Datenbank des Finanzressorts Baden-Württemberg auf. Zudem verarbeitet der Auftragnehmer bei Bedarf Daten des Finanzressorts Baden-Württemberg aus der vorherigen GB Psych und zieht sie zu Vergleichszwecken heran. Die Daten ergeben sich aus den im Finanzressort vorliegenden

Ergebnis- und Gesamtberichten zu der vorherigen COPSOQ-Befragung. Dabei müssen alle Aspekte der Befragung der gültigen Dienstvereinbarung des Ministeriums für Finanzen entsprechen (vgl. Anlage 1 der Vergabeunterlagen). Dies betrifft insbesondere folgende Punkte: § 2; S. 1 Anonymität § 2; S. 2 Ausschluss der Mehrfachteilnahme § 2; S. 4 Auswertungen § 2; S. 5 Vorgesetztenbeurteilung Ziel der Befragung ist es, Bereiche mit hohen psychischen Belastungsfaktoren zu identifizieren, um langfristig die Gefahr von arbeitsbedingten psychischen Erkrankungen zu verringern. Es sollen maximal 91 Dienststellen in bis zu 124 Befragungen befragt werden. Diese bis zu 124 Befragungen verteilen sich, abhängig von der Größe (Anzahl der Mitarbeitenden) auf jährlich durchschnittlich 15, jedoch maximal 20 Befragungen. Der Befragungszeitraum beläuft sich auf acht Jahre, beginnend ab dem 1. Januar 2026. Mit der Abgabe eines Angebots akzeptieren die Bieter, dass seitens des Auftraggebers nur ein ungefähres Auftragsvolumen, aber weder eine Mindestauftragssumme angegeben noch konkrete Leistungszeitpunkte festgelegt werden können. Einzelheiten zum Auftragsgegenstand entnehmen Sie bitte dem Rahmenvertrag (Anlage 2 der Vergabeunterlagen) samt der Leistungsbeschreibung (Anlage 3 der Vergabeunterlagen).
Interne Kennung: FM-2025-008

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 75110000 Dienstleistungen der allgemeinen öffentlichen Verwaltung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 75131000 Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Neues Schloss - Schlossplatz 4

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70173

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2033

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: 1) Der Auftraggeber weist für die Kommunikation auf die unter der Überschrift "Kommunikation" genannte Stelle hin; 2) Fragen des Bewerbers sind ausnahmslos über das Vergabeportal an den Auftraggeber zu richten. Der Auftraggeber wird ergänzende und berichtigende Angaben allen Bewerbern schriftlich oder in elektronischer Form unter Beachtung der vergaberechtlichen Grundsätze der Transparenz, der Gleichbehandlung und des Wettbewerbs mitteilen. Telefonische Anfragen werden während des Vergabeverfahrens nicht beantwortet. Rechtzeitig angeforderte zusätzliche Auskünfte über die Bekanntmachung werden unverzüglich und höchstens bis vier Tage vor Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge erteilt. Der Auftraggeber behält sich vor, weniger als fünf Tage vor Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge angeforderte Auskünfte nicht mehr zu erteilen, insbesondere dann, wenn die Anfrage nicht mehr bis vier Tage vor Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge beantwortet werden kann; 3) Mit dem Teilnahmeantrag ist für

die Verfahrensdauer ein verantwortlicher, deutschsprachiger Ansprechpartner nebst Kontaktdaten (Name, Anschrift, Tel., E-Mail) zu benennen; 4) Die Teilnahmeanträge sind über das unter der Überschrift "Kommunikation" genannte Vergabeportal einzureichen; 5) Bei Bewerbergemeinschaften sollen möglichst alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft die unter der Überschrift "Teilnahmebedingungen" genannten Nachweise einreichen. Der Teilnahmeantrag ist von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft rechtsverbindlich abzugeben. Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft müssen gesamtschuldnerisch haften. Soweit sich in der Bewerber-/Bietergemeinschaft auf eine Vollmacht berufen wird, ist diese mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Auf die Möglichkeit der Eignungsleihe nach § 47 VgV wird hingewiesen; 6) Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs beginnt das eigentliche Verhandlungsverfahren mit der Aufforderung der Bieter, auf Grundlage der Vergabeunterlagen ein erstes Angebot abzugeben. Die Bieter müssen bei der Erstellung ihrer ersten Angebote insbesondere die in diesen Vergabeunterlagen dargestellten Vorgaben an die Angebote berücksichtigen. Die Bieter müssen ihre ersten Angebote auf der Grundlage der Vergabeunterlagen mit dem Stand zum Ablauf der Angebotsfrist vorbehaltlos abgeben. Erste Angebote, die die Mindestanforderungen der Leistungsbeschreibung bzw. die formalen Anforderungen nicht erfüllen oder die eine nicht ausdrücklich zugelassene Änderung oder Ergänzung der Unterlagen enthalten, schließt der Auftraggeber aus (§ 57 VgV). Das erste Angebot ist bereits verbindlich. Der Auftraggeber behält sich nach § 17 Abs. 11 VgV vor, den Zuschlag ohne Verhandlungen auf das erste Angebot zu erteilen. Sollte der Auftraggeber den Zuschlag nicht auf ein erstes Angebot erteilen, wird das Vergabeverfahren fortgeführt: Der Auftraggeber wird mit den Bietern über deren erste Angebote verhandeln. Auf Grundlage der Ergebnisse der Verhandlungsgespräche wird der Auftraggeber die Vergabeunterlagen unter Beachtung der vergaberechtlichen Grundsätze überarbeiten und präzisieren. Anschließend müssen die Bieter ihre letztverbindlichen Angebote abgeben. Der Auftraggeber wird den Zuschlag voraussichtlich im II. Quartal 2025 erteilen. 7) Beabsichtigt ein Bieter bereits bei Angebotsabgabe, für wesentliche Hauptleistungen Drittunternehmen (z.B. Nachunternehmer, verbundene Unternehmen, sonstige Dritte) vorzusehen, so ist das Drittunternehmen im Angebot zu benennen und Art und Umfang der für den Dritten vorgesehenen Leistungen zu bezeichnen. Auf Verlangen des Auftraggebers sind für die Drittunternehmen die in der Bekanntmachung geforderten Nachweise, Erklärungen und Angaben einzureichen. Der Auftraggeber kann dieses Verlangen auf bestimmte Nachweise, Erklärungen und Angaben sowie auf einzelne Drittunternehmen beschränken; 8) Der Auftraggeber wird den Vorgaben in § 41 VgV dadurch nachkommen, dass er auf der unter der Überschrift "Kommunikation" genannten Website des Vergabeportals den derzeit vorhandenen Teil der Vergabeunterlagen zur Verfügung stellt. Da der Auftraggeber wegen nicht abschließend beschreibbarer Leistung ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb durchführt, erfüllt dies die Anforderungen des § 41 VgV. Ziel des Verhandlungsverfahrens ist es, die konkreten Anforderungen an die Leistung mit den Bietern gemeinsam im Rahmen eines dynamischen Prozesses zu konkretisieren. Zum jetzigen Zeitpunkt stehen deshalb noch nicht alle Unterlagen fest. ----- Einlegung von Rechtsbehelfen: Zur Wahrung der Fristen wird auf die §§ 160 ff. GWB verwiesen. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass der Nachprüfungsantrag gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB spätestens 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen ist. Vergabeverstöße sind nach § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB vor Einreichen des Nachprüfungsantrags innerhalb von 10 Kalendertagen nachdem der Bieter den Verstoß erkannt hat, beim Auftraggeber zu rügen. Vergabeverstöße, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist bei dem Auftraggeber zu rügen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister Auflistung und kurze

Beschreibung der Bedingungen: Die Bewerber sollen möglichst folgende Unterlagen vorlegen

(bei Bewerbungsgemeinschaften von jedem Mitglied): a) Formlose Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass keine Ausschlussgründe im Sinne der §§ 123, 124 GWB vorliegen bzw.

erfolgreiche Selbstreinigungmaßnahmen im Sinne des § 125 GWB durchgeführt worden sind.

b) Formlose Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 S. 1 MiLoG, aus der hervorgeht, dass der Bewerber nicht mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG belegt worden ist. Die Bewerber nutzen für ihren

Teilnahmeantrag möglichst den Vordruck "Formblatt Teilnahmeantrag", der ihnen über die e-Vergabe-Plattform zur Verfügung gestellt wird. Die Erklärungen zu a) und b) sind in diesem Vordruck enthalten.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit Die Bewerber sollen zum Nachweis ihrer technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit möglichst

folgende Unterlagen vorlegen (bei Bewerbungsgemeinschaften von jedem Mitglied): a) Es muss bestätigt werden, dass der Anbieter die notwendigen Lizenzen hat, um die Befragung mit Hilfe

des COPSOQ-Fragebogens im Finanzressort Baden-Württemberg durchführen zu können b)

Der Bewerber weist durch eine formlose Eigenerklärung nach, dass das Unternehmen die Kapazitäten hat, jährlich ca. 15-20 Befragungen nebst sämtlicher damit in Zusammenhang

stehender Leistungen durchzuführen. Die Eigenerklärung kann auch durch Ausfüllen des

Formblatts Teilnahmeantrag erfolgen. Die Bewerber nutzen für ihren Teilnahmeantrag möglichst den Vordruck "Formblatt Teilnahmeantrag", der ihnen über die e-Vergabe-Plattform

zur Verfügung gestellt wird. Die Erklärungen zu a) und b) sind in diesem Vordruck enthalten.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXR6YYPYMK3/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXR6YYPYMK3>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXR6YYPYMK3>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 02/10/2025 14:00:00 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen nachzufordern.
Hierauf besteht kein Rechtsanspruch.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Bieter sowie deren Nachunternehmer und Verleihunternehmen, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, haben bei Angebotsabgabe die erforderlichen Verpflichtungserklärungen gemäß § 3 Abs. 1 bis 3 oder § 4 Abs. 1 Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg (LTMG BW) abzugeben (Anlage zu den Vergabeunterlagen). Bieter müssen sich gemäß § 6 Abs. 2 LTMG BW außerdem verpflichten, die Erfüllung der Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG BW durch die Nachunternehmer sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmer vorlegen. Auf § 5 Abs. 4 LTMG BW wird hingewiesen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Begründung der Laufzeit der Rahmenvereinbarung: Es liegt ein begründeter Sonderfall nach § 21 Abs. 6 VgV vor.

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

Registrierungsnummer: 08-A3464-40

Postanschrift: Neues Schloss - Schlossplatz 4

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70173

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

E-Mail: Vergabe@fm.bwl.de

Telefon: +497111230

Internetadresse: <https://fm.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 0a6ab2da-8b50-4e3c-b401-5806237b8563 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 29/08/2025 11:04:33 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 566819-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 166/2025

Datum der Veröffentlichung: 01/09/2025